

## KOMMENTAR

# Von der politischen in die akademische Zeitenwende

**„Es gibt Sachen, die ich partout nicht verstehe: Wozu braucht Deutschland, als Mitglied der EU und NATO, eine starke und wehrfähige Bundeswehr?“ Drei Tage nach Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine greift der Autor dieses Tweets eine Diskussion auf, die in den meisten anderen EU- und NATO-Staaten augenrollend als typisch deutsch wahrgenommen wird. Deutschland solle schon aus historischen Gründen lieber mal kleine (sicherheitspolitische) Brötchen backen. Russland als Bedrohung? Nein, vielmehr sei die NATO die Wurzel allen Übels. Klar ist: Es gibt dringenden Handlungsbedarf in einer Gesellschaft, die sicherheitspolitisch Nachsitzen muss, meint Jan Heidbüchel, stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes für Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH).**

Beobachtet man die aktuelle sicherheitspolitische Debatte, insbesondere in den sozialen Netzwerken, scheint es, als seien neben Hardcore-Pazifisten und Putin-Apologeten nun auch die Millionen Bundestrainer der Republik nach ihrem zweijährigen Ausflug in die Virologie in der Sicherheitspolitik angekommen. Grundsätzlich ist gegen eine lebhafteste Debatte nichts einzuwenden. Gerade jetzt ist es aber wichtig, reale Ängste vieler Menschen rund um das Thema wahrzunehmen und anzugehen, Fragen sachgerecht zu adressieren und Dinge verständlich einzuordnen. Das gelingt nicht immer. Der russische Angriff auf die Ukraine und damit auf die europäische Nachkriegsordnung führt der Gesellschaft vor Augen, was aus der sicherheitspolitischen Fachcommunity schon länger tönt: Die Zeiten sicherheits- und außenpolitischer Sorglosigkeit sind vorbei. Der in 30 Jahren Friedensdividende

aufgebaute gesellschaftliche Safe Space bricht mit den schrecklichen Bildern aus der Ukraine in sich zusammen. Während die politischen Folgen dieser Zeitenwende durch das Schlachten zahlreicher heiliger Kühe deutscher Sicherheitspolitik (Sondervermögen Bundeswehr, Waffenexporte etc.) Formen annehmen, muss auch die Gesellschaft den Wandel mitgehen. Was aber bedeutet das konkret?

## Mehr Sicherheitspolitik wagen

Bundeskanzler Olaf Scholz forderte die Gesellschaft auf, sich auf verstärkte Cyberangriffe und Desinformations-Kampagnen einzustellen. Der Aufbau von Resilienz sei das Gebot der Stunde. Ähnlich hält es der Generalinspekteur der Bundeswehr: Neben Resilienz sei aktive politische Partizipation wichtig, gerade auch von Menschen, die den Kalten Krieg nicht miterlebt haben. Dafür braucht es vor allem sicherheitspolitische Bildung, die in Zeiten der geopolitischen Zeitenwende die Grundvoraussetzung für fachkundige politische Partizipation und den Aufbau nachhaltiger Resilienz ist. Diese Zeitenwende muss deswegen auch im akademischen Bereich vollzogen werden und Einzug in die Universitäten des Landes erhalten.

Verglichen mit europäischen Nachbarländern sind die Möglichkeiten akademischer sicherheitspolitischer Ausbildungen in den vergangenen Jahren zwar gestiegen, aber immer noch unterrepräsentiert. Wenn auch an zahlreichen Universitäten mittlerweile das Fach Internationale Beziehungen oder Friedens- und Konfliktforschung wenigstens im Master spezialisiert werden kann, lassen sich im Bundesgebiet nur eine Handvoll (zivile) sicherheitspolitische Studiengänge identifizieren – an staatlichen Universitäten

noch viel weniger. Fordert man eine sicherheitspolitische Zeitenwende, muss sich das auch im Angebot sogenannter Security Studies wiederfinden – und nicht nur als mündliches Zusatzmodul in der Politikwissenschaft. Denn sicherheitspolitische Fragestellungen sind längst kein rein politikwissenschaftliches Thema mehr, sondern anschlussfähig an zahlreiche andere akademische Disziplinen, sei es Data Science, Maschinenbau, Informatik oder Jura.

Gleichzeitig muss studentisches Engagement stärker unterstützt werden. An vielen deutschen Hochschulstandorten bleibt die sicherheitspolitische Bildung Studierenden überlassen, welche auf ehrenamtlicher Basis Bildungs- und Austauschangebote schaffen. Dabei ist es den Hochschulen grundsätzlich ein leichtes, solchen Studierendengruppen entgegenzukommen, auf vorhandene Expertise zurückzugreifen und als Katalysator für existierendes Interesse zu fungieren.

Es gilt voranzukommen, Dinge anzupacken, denn der Handlungsbedarf ergibt sich nicht nur aus der Notwendigkeit: Zwar hat der russische Angriff auf die Ukraine die Relevanz des Themas für jeden sichtbar manifestiert, das Interesse gerade jüngerer Generationen an Sicherheitspolitik steigt aber schon seit mehreren Jahren kontinuierlich. Die Entwicklungen in der Welt machen klar: Die Ausbildung der (politischen) Führungskräfte von morgen muss auch eine sicherheitspolitische sein. Somit ist neben der Vergrößerung auch die Verjüngung der sicherheitspolitischen Community ein wichtiger Schritt, nachhaltig Resilienz aufzubauen und die Herausforderungen einer unsicheren Welt bewältigen zu können.

Jan Heidbüchel